

Wozu hat, muß ich sagen, daß ein Generalstreik unmöglich und nur die letzte Rettung der heutigen Regierung sein könnte. Man sollte bringen kann, dagegen unter allen Umständen neue Verzichtsmöglichkeiten bringen muß. So wird also schon die rein laudable, das Wohlwollende bedeutende Ermäßigung von diesem Schritt absehen.

Darüber hinaus, aber werden selbst die revolutionären Elemente sich fragen, daß es wahrlich nicht lohnt, für die Freiheit und Gleichheit, die uns die Revolutionen und Republikanismen gebracht hat, irgend einen Preis zu bringen, und daß der Preis der Nutzlosigkeit der Revolution, jetzt die Freiheit, zu verteidigen, nicht anders besteht, als für die Privatinteressen dieser Nutzlosigkeit sich der Staatsgewalt in den Weg zu stellen und die Staatsgewalt herauszufordern, unter Einsatz der militärischen Waffen ihren Willen durchzusetzen.

Lohnt es, für die bisherige Freiheit und Gleichheit sich die Anwesenheit zu lassen und sich abendwärts dem Fluch des gesamten, durch einen Generalstreik in seinen letzten Existenzmöglichkeiten bedrohten Volkes auszuliefern? Oder kann das etwa das Interesse der heute in Arbeit stehenden sein, die jetzt zum Generalstreik aufgerufen werden sollen, daß sie ihren mühsam bezogenen Arbeitslohn verlieren und nun ihrerseits das Los der Unzufriedenen unter der Volksherrschaft, der Arbeitslosen, erleiden?

Wir glauben, den Gedanken an einen Generalstreik und überhaupt an irgendwelche größere Unruhen oder an eine Schwächung der heutigen Regierungsvollmacht auszuscheiden zu können. Endlich einmal wieder zeigt sich im Nachkriegsdeutschland ein lehrer mannhafte Wille und ein faires planmäßiges Eingreifen zur Schaffung sozialer Ordnung. Das entspricht viel sehr dem ursprünglichen Willen des deutschen Volkes, als daß auch nur die geringste Aussicht wäre, diesem Willen Widerstand zu leisten, und entspricht viel zu sehr auch den Notwendigkeiten des Augenblicks, als daß es Sinn und Verstand hätte, auf unüberlegende Schritte zu gehen, die es endlich so weit gekommen ist, und daß endlich jetzt das Ende der unheiligen Revolutionenzeit mit allen ihren so völlig unbedeutenden Entzerrungen da ist.

Aber hoffen wir auch, daß die neue Reichsregierung das Maßhalten, das sie in ihren letzten Schritten bewiesen hat, auch weiterhin bewahrt, und daß sie die gewaltigen Möglichkeiten, die die Beendigung der Revolutionenperiode für uns und das deutsche Volk eröffnen, dazu benutzt, unser politisches Leben so zu gestalten, wie es die preussischen und deutschen Willen entspricht, dem Willen, der in dem preussischen Königswort zum Ausdruck kommt: *Suum cuique* — Jedem das Seine. Das neue Zeitalter der deutschen Geschichte, das sich jetzt mit so großen Erwartungen eingeleitet hat, wird nur dann jenseits und nur dann auch von Dauer sein, wenn künftig strenge Gerechtigkeit, die zugleich die Erfüllung der meisten berechtigten Forderungen nach Freiheit und Gleichheit in allen ihren sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Vorden überwindet.

Dr. H. Elze.

Berliner Prekessionen.

Die geistige Berliner Abendzeit nahm zum Teil bereits ausführlich an dem Vorgehen der Reichsregierung in Preußen Stellung. Der *deutschnationale „Kolonialzeitung“* nennt das Vorgehen einen ersten Schritt. Die Reichsregierung habe wahrhaftig lange genug abgewartet und dadurch ungewollt vieles vorverpflichtet, daß die Berliner jetzt doppelt schwerer sei. Es sei aber selbstverständlich, daß mit der Aufhebung von zwei preussischen Ministern oder auch des gesamten Staatsministeriums nichts getan sei. Die elementare Arbeit folge erst jetzt: An die Stelle der Parteimänner müßten wieder Parteileute treten.

Die „*Arbeitszeitung*“, das Organ des Stahlhelm, nennt das Vorgehen der Reichsregierung eine erlösende Tat und bekräftigt die Ansicht, daß die Reichsregierung die nötigen Schritte eingeleitet werden werden.

Die der Volkspartei nahestehende „*DA*“, betont, daß die Maßnahmen der Reichsregierung auf geistlichem Boden fründen. Das deutsche Volk der Arbeit wünsche die radikale Beendigung des Bürgerkrieges. Wenn Regierung nur der Gewalt weiche, so sei auch das schon dagesungen. Als die preussischen Truppen 1848 unter Generalfeldmarschall von Wrangel wieder in Berlin einrückten, trat dem Willen der Kommune der Bürgerkrieg entgegen, erklärte, er weiche nur der Gewalt. Wrangel erwiderte ruhig: „A, denn weichen Sie man, hier ist die Gewalt!“

Das linksdemokratische „*Kölnische Zeitung*“ spricht von einem haiserscheitlichen Spiel, das die Reichsregierung begonnen habe. Die Heberimmung zwischen der Begründung der Reichsregierung und den Argumenten der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen gehe bis zu Einheiten in der Formulierung. Das Volk streifte sich die Entscheidung, daß das gescheiterte verfassungsrechtliche Experiment, das je in der Republik unternommen worden sei, notwendig war.

Die linksdemokratische „*Kölnische Zeitung*“ meint, was für eine Lage man sich dem Munde des haiserschen Ministerpräsidenten selbst nehmen müssen. Es befehle Anlaß, zu vermuten, daß Bayern besonders rücksichtslos behandelt werde. Man habe die Schritte auf Bayern ausgedehnt, habe ebenfalls eine Konferenz der Landwirtschaftsminister gehalten. Es werde niemand erwarten, daß die Personalunion zwischen Preußen und dem Reich so schnell aufgegeben werde. Der rechtsdemokratische „*Wochenkurier*“ stellt fest, daß an dem 1. des Reichs-

Der Reichstanzler über das Vorgehen der Reichsregierung.

Reichstanzler von Papen hielt am Mittwochabend zur Begründung des Eingreifens des Reiches in Preußen eine Rede, in der er ausführte:

„Die deutsche Frauen- und deutsche Männer! Dem heutigen Tage bin ich durch den Herrn Reichspräsidenten zum Reichstanzler für Preußen bestellt worden. In dieser Eigenschaft habe ich auf Grund der mir erteilten Vollmacht den bisherigen preussischen Ministerpräsidenten Braun und den preussischen Minister des Innern, Essener, ihrer Ämter entsetzt. Die Reichsregierung hat sich nach sorgfältiger Prüfung der Lage entschlossen, diesen Schritt dem Herrn Reichspräsidenten vorzuschlagen. Sie begründet sich dabei auf:

Die notwendigen Maßnahmen

Die zur Wiederherstellung geordneter Rechtszustände im preussischen Staatsgebiet erforderlichen Maßnahmen sind mit dem Verständnis der Lage für die notwendigen Schritte in Preußen, die Gründe für die getroffenen Maßnahmen schildern. Die preussische Staatsregierung ist bereits am 19. Mai freiwillig zurückgetreten und führte seitdem nur die notwendigen Geschäfte gemäß Artikel 10 der preussischen Verfassung. Der neue Landtag war auf Grund der vom alten Landtag und zwar von den Parteien der Weimarer Koalition herbeigeführten Wendung der Geschäftsordnung nicht in der Lage, die Wahl eines Ministerpräsidenten vorzunehmen.

Die auf diesem Vorgang beruhende parlamentarische Basis des geschäftsführenden Kabinetts ist entschieden von der tatsächlichen Haltung der kommunistischen Partei abhängig. Nach dem Willen zum preussischen Landtag entfielen 47 v. H. der abweichenden Stimmen auf die NSDAP, 20 v. H. auf die KPD, 17 v. H. auf alle übrigen Parteien, und der Rest von 16 v. H. auf die Kommunisten. Ich bin hier nicht im einzelnen zu Einzelheiten nehmen, die mir nicht möglich sind. Ich spreche parlamentarischen Verhältnissen sprechen kann, wenn durch die Haltung der einzelnen Parteien der kommunistischen Partei eine Schließung eingegriffen wird. Diese Vorgänge föhrt über die Regierung an sich nicht veranlaßt, einen unmittelbaren Einfluss auf die Verhältnisse in Preußen zu nehmen. Ich möchte aber auf folgendes hinweisen:

Es ist kein Zweifel, daß nur in Preußen

der Wohlkampf von einer erprobten Vornehmung blühiger Auseinandersetzungen begleitet werden ist. Die Verhältnisse der letzten Zeit haben ergeben, daß die meisten abweichenden Teile der deutschen Bevölkerung auf Angriffe kommunistischer Terrorgruppen zurückzuführen ist. Alle einzelnen politischen Maßnahmen, der hinabende Einfluß der britischen Polizeigruppen haben nicht zu dem gewünschten Ergebnis unserer Verhältnisse nicht erzielen können. Diese Aufgabe kann nur durch planmäßige und zielbewusste Führung gegen die Urheber der Unruhen gelöst werden. Die Reichsregierung hat die Notwendigkeit machen müssen, daß die Entschlossenheit der pol-

itischen Verhältnisse in Preußen einer Reihe von möglichen Persönlichkeiten die innere Unabhängigkeit genommen hat, alle erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der staatsfeindlichen Verhältnisse der SPD, zu treffen. Wenn beispielsweise

hohe Funktionen des preussischen Staates

ihre Hand dazu bieten, Führern der kommunistischen Partei die Verkleinerung illegaler Terrorgruppen zu ermöglichen, wenn offen ein preussischer Polizeipräsident keine Verzeigungen anfordert, man müsse die Rechte der Kommunisten nicht führen — dann wird die Autorität des Staates von oben her in einer Weise untergraben, die für die Sicherheit des Reiches unerträglich ist. Die Maßnahmen der Reichsregierung richten sich nicht gegen die Selbständigkeit des Landes Preußen, sie beschränken sich bewusst darauf, die Grundlagen für die Durchführung eines ordnungsmäßigen Rechtszustandes zu schaffen. Diese Grundlage muß als die Selbstbestimmung, über Staatsautorität und völlig frei von einer nur irgendwie gearteten Verbindung zur staatsfeindlichen kommunistischen Partei sein.

Die kommunistische Partei

erhielt nach ihrem eigenen Bekenntnis und nach zahlreichen Feststellungen des höchsten deutschen Gerichts den gewalttätigen Umsturz der Verfassung. Sie arbeitet seit Jahr und Tag mit allen Mitteln an der Zerschlagung des politischen und wirtschaftlichen Lebens mit den verschiedensten Methoden, die Zerschlagung der religiösen, sittlichen und kulturellen Grundlagen unseres Volkstums, und endlich ist es die SPD, die durch ihre illegalen Terrorgruppen Gewalt und Mord in dem preussischen Raum hineinträgt. Will sich das deutsche Volk diesen Zuständen verschließen, will es außer acht lassen, daß die Tätigkeit der SPD, einen gefährlichen Kampf gegen die Lebensgrundlagen von Staat, Kirche, Familie, Wirtschaft gegen die Einzelindividuen bedeutet? Das kann nicht sein! Ich liebe vielleicht nicht an, in aller Offenheit zu erklären, daß es die sittliche Pflicht jeder Regierung ist, einen klaren Trennungsschnitt zwischen dem Feinde des Staates, der Zerschlagung unserer Kultur und dem aus dem Gemeinwohl ringenden Kräfte unseres Volkes zu ziehen.

Wenn man sich zu dieser, dem einfachen und natürlichen Reichsentscheidungen entsprechenden Festlegung entschließt, weil man die sittlichen Elemente der politischen Bewegung außer acht läßt, daß sich von Monat zu Monat und von Tag zu Tag die Mobilisierung des politischen Kampfes abzeichnet.

Wenn man sich in möglichen politischen Zwecken dem Ziel der Zerschlagung der politischen und moralischen Gleichsetzung von Kommunisten und Nationalsozialisten anzuhängen, ist jene unnatürliche Frontenbildung entstanden, die die staatsfeindlichen Kräfte der Kommunisten in eine Einzelkraft gegen die aufstrebende Bewegung der NSDAP einreißt. Die Reichsregierung ist frei von parteipolitischen Bindungen. Sie ist aber nicht befreit von der sittlichen Pflicht, offen die Feststellung zu treffen, daß durch eine solche gleichberechtigte Einseitigkeit

staatsfeindlicher Elemente in den politischen Kampf die Grundlagen des Staates aufs äußerste gefährdet werden.

Die Reichsregierung hat in erster Linie die Bewahrung der inneren politischen Verhältnisse beabsichtigt. Ein Teil der Ämter dieses Amtes nach reichlicher Überlegung darauf verichtet, in die Entwicklung einzugreifen, solange sie eine Sache der Parteien blieb.

Die Regierung war aber von dem Augenblick an in einem Handeln verwickelt, von dem aus der Schritt zur parteipolitischen Gründung erfolgte Einseitigkeit der Kommunisten in eine Einzelkraft, auf auf Maßnahmen verantwortlich für die Regierungsvollmacht, die die Autorität des Staates. Hier durfte nicht geäußert werden im Interesse des Staates, sofort Klarheit zu schaffen.

Diese zwingende Notwendigkeit stellt ein herausragendes Merkmal dar, das gegenüber der preussischen Staatsregierung erheben. Es ist kein Zweifel, daß nur in Preußen die kommunistischen Kampfortsaktionen einen Umfang annehmen konnten, der eine föhrende Stellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung darstellt.

Die Reichsregierung will durch ihre Maßnahmen eine geordnete Durchführung des Staatskampfes sicherstellen. Sie wird die freie politische Betätigung nur soweit einschränken, als es zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung unbedingt erforderlich ist. Sie geht dabei von der Auffassung aus, daß die Aufhebung der Gleichgültigkeit von welcher Seite sie kommen — in ihren in ihre Schranken zurückzuführen werden müssen, daß dem Volke der Ausmaß des Staatskampfes ermöglicht wird.

Im Verlauf der von mir als Reichsminister für Preußen angeordneten Maßnahmen hat sich herausgestellt, daß die bisherige preussische Außenminister der verfassungsmäßig zu Recht erfolgten Verfügung des Herrn Reichspräsidenten nicht folgen wollte. Er hat erklärt, nur der Gewalt weichen zu wollen. Aus dem Grund, daß die Reichsregierung die Außenminister für Berlin und Brandenburg erklären müßte. Der militärische Ausnahmezustand wird selbstbewußt für so lange aufrechterhalten, als es die Beseitigung gefährlicher Verhältnisse verlangt. Ich wiederhole die Erklärung der Reichsregierung von heute vormittag: Die

Selbständigkeit des Landes Preußen

im Rahmen der Reichsverfassung wird nicht angetastet. Die Reichsregierung erwartet nicht, daß als Folge einer Beendigung des Ausnahmezustandes der Reichsregierung ein Zustand eintreten wird.

Mein Wunsch, mit den übrigen preussischen Ministern zusammenzuarbeiten, ist inzwischen durch einen Brief durchkreuzt worden, in dem die Herren es absehen, mit zusammenzuarbeiten. Damit haben diese Herren selbst eine neue Sachlage geschaffen.

Die Reichsregierung wird an dem von ihr als richtig erkannten Wege unbeirrt fortfortschreiten.“

von Geburt sah sie. In politischen Kreisen meint man dazu, daß es doch noch eine analoge und Gerechtigkeit gebe, denn 1933 ist ähnlich in Sachen der Zeitschrift, der Preussische, erschienen. ...“

Die Rechtsgrundlagen der Reichsregierung.

In der Reichsregierung nachstehenden Kreisen trat am 22. Juni die Feststellung an, daß die Maßnahmen des Reiches in Preußen in verfassungsmäßiger Gestaltung in der verfassungsmäßigen Grund- und Gesetz durchgeführt worden seien und auch weiterhin durchgeführt würden. Sollten einzelne Beamte, die der bisherige Ministerpräsident, der bisherige Polizeipräsident, der Reichspräsident, der Reichspräsident, die Maßnahmen des Reiches der verfassungsmäßigen Grundlaage entbehren, so sei es Sache des Staatsgerichtshofes, dieses zu entscheiden.

Die Verordnungen des Reichspräsidenten werden durch Anrufung des Staatsgerichtshofes jedoch nicht aufgehoben. Beamte, die sich ihrer Durchführung widersetzen, sehen sich daher selbst in Gefahr, so dem verfassungsmäßigen in eine Einzelkraft gegen die Aufstrebende Bewegung der NSDAP einreißt. Die Reichsregierung ist frei von parteipolitischen Bindungen. Sie ist aber nicht befreit von der sittlichen Pflicht, offen die Feststellung zu treffen, daß durch eine solche gleichberechtigte Einseitigkeit

Der Staatsgerichtshof soll ihnen helfen.

Die alte preussische Regierung nimmt zu den Vorgängen wie folgt einstimmig Stellung:

Die Einsetzung eines Reichsministers für Preußen, dem die gesamte vorkriegsbezügliche Regierungsmacht übertrug, ist nach Ansicht der preussischen Regierung der Reichsregierung

1. weil kein Anlaß zu einer solchen Maßnahme vorliegt,
 2. weil die Einsetzung keine nötige Maßnahme zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist,
 3. weil die Einsetzung vielmehr andere Zwecke verfolgt.
- Die preussische Staatsregierung wird daher sofort den Staatsgerichtshof anrufen und bis zur Entscheidung des Ersten einer einstweiligen Verfügung beantragen“

Soweit auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung unmittelbar oder mittelbar durch einen Reichsminister in Art. 17 der Reichsverfassung eingegriffen wird, so durch Absetzung von Ministern oder Ernennung neuer Minister) oder in Artikel 63 der Reichsverfassung (wenn die Länder im Reichsrat nur durch Mitglieder ihrer Regierungen vertreten werden), so wird die preussische Staatsregierung eine derartige Maßnahme als ungültig und nicht vorhanden ansehen.

Bracht, der neue preussische Innenminister

Der kommunistische Innenminister Dr. Bracht, der am 25. Juni ins Amt trat, gilt zwar als der Zentrumspartei nahestehend, er hat aber seit Jahren kein Hehl darans gemacht, daß er mit der Politik des Zentrums im Reich und in Preußen feindsam eingestellt ist. Bracht hat seit Ende 1924 Oberbürgermeister in Gien. Vorher hat er dem ersten Kabinett Marx als Staatssekretär angehört. Der Name Bracht taucht in letzter Zeit auch vielfach im Zusammenhang mit den Kabinettsbildungen der letzten Reichsregierungen auf. Er hat es aber abgelehnt, in das Kabinett Brining einzutreten. Bekannt ist, daß Bracht mit besonderer Schärfe Kritik an der Finanzabteilung des Reichs, der Länder und Gemeinden übte. Er gilt als ein außerordentlich tüchtiger Verwaltungssachmann, der nicht nur über eine große Sachkenntnis verfügt, sondern auch in der Lage ist, sich in unterschiedenen Nebenämtern mit unheimlicher Genauigkeit durchzusetzen.

Neben ihm genießt auch der bisherige Polizeipräsident von Essen, Melcher, der zum Polizeipräsidenten von Berlin ernannt wurde, den Ruf, einer der wenigen Polizeipräsidenten alter Schule zu sein, die sich noch nicht im aktiven Polizeidienst befinden.

Flugblätter der „Roten Fahne“ beschlagnahmt.

Am späten Nachmittage des Mittwoch ließ die „Rote Fahne“ in der Stralauer, Berlin ein Flugblatt verteilen, in dem zum politischen Massenstreik als Protest gegen die Maßnahmen der Reichsregierung aufgefordert wurde. Die Polizei ließ an verschiedenen Stellen die Flugblätter beschlagnahmen und die Betreffenden verhaften. Weitere politische Maßnahmen in dieser Angelegenheit lassen zu erwarten.

Die Länder werden informiert.

Die Schritte der Reichsregierung sind den süddeutschen Ländern gleichzeitig mit der Bekanntgabe an die betreffenden preussischen Stellen mitgeteilt worden. Nach München war mit diesem Auftrag Herr v. Kersner beauftragt worden, nach Stuttgart der Reichspolminister Herr v. Mittenberg, nach Karlsruhe Ministerialrat Diekmann. An den Mittagsstunden hat der Reichsanwalt die Berliner Vertreter der Länder Bayern, Württemberg, Baden, Sachsen, Thüringen, Hessen und Hamburg empfangen, um ihnen von den inzwischen eingeleiteten Maßnahmen Mitteilung zu machen.

Bayern nicht sich ein.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Heß hat den Reichspräsidenten ein folgendes Telegramm geschickt:

„Durch die Notverordnung vom heutigen Tage in schwerer Sorge um die verfassungsmöglichen Rechte und die Erziehungslage der bayerischen Länder, welche ich Eurer Ergebenheit erwidern mit, daß ich für die bayerische Regierung beim Herrn Reichsanwalt heute Niederschreibung eingeleitet und Entschädigung des Staatsgerichtshofes über die Reichsfrage beantragt habe. In treuester Ergebenheit und Verehrung des Reichspräsidenten Dr. Heß.“

Am 20. Juli 1932 hat Dr. Heß folgendes Telegramm geschickt:

„Die Einleitung eines Reichskommissars an Stelle von Landesregierungen und die Amtsenthebung von Landesministern ist nach Auffassung des bayerischen Reichsministeriums mit der Reichsverfassung nicht vereinbar. Die Notverordnung vom 20. Juli 1932 berührt verfassungsmäßige Rechte aller Länder und ihre verfassungsmäßige Gleichberechtigung. Die bayerische Reichsregierung lehnt die förmliche Niederschreibung ein. Antrag beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich auf

Entschädigung der Reichsfrage ist von uns genehmigt.“

Am 20. Juli 1932 hat der bayerische Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in Leipzig die bayerische Staatsregierung telegraphisch folgenden Antrag eingeleitet:

„Namens der bayerischen Staatsregierung beantrage ich für das Land Bayern zu erkennen: Einleitung eines Reichskommissars an Stelle von Landesregierungen sowie Amtsenthebung von Landesministern, wie in der Reichsverordnung vom 20. Juli 1932 vorgesehen, sind mit der Reichsverfassung nicht vereinbar. Die Verordnung berührt verfassungsmäßige Rechte aller Länder und ihre verfassungsmäßige Gleichberechtigung. Zur Begründung des Antrages nehme ich Bezug auf die Erklärung Bayerns vom 9. Mai 1931 im Verfahren vor dem Staatsgerichtshof wegen des Steuervereinfachungsgesetzes. Weitere Begründung bleibt vorbehalten. Erhöhte Verbandsgebühren.“

Die Bayerische Volkspartei hegt.

Die Bayerische Volkspartei (BVP) schreibt u. a.: Der Schritt der Reichsregierung bedeutet die Abriegelung einer immer noch verfassungsmäßigen Landesregierung durch die Reichsregierung. Der Reichsgerichtshof ist keine Behörde, die die Reichsregierung die sich im Verstoß der verfassungsmäßigen Gewalt befinden, aus politischen Gründen zu befehlen. Es besteht keine Begründung, warum der außerordentlich gewagte Schritt der Reichsregierung in Bayern die größte Ursache und Bestimmung hervorgerufen hat. Ein so schwerer Eingriff in das Recht der Länder trifft alle Länder. Hier handelt es sich um einen förmlichen Einbruch in die Reichsorgane. Wo sollten wir hinkommen, wenn die Reichsregierung ihre Politik auf eine Ebene verlegt, die der einmütigen rechtlichen Unterwerfung untersteht. Dann ist es möglich, daß das, was heute mit Preußen geschieht, morgen unter anderem Vorwand mit Bayern geschieht.

Bayern hat immer einen Kampf des Rechts geführt. Es müßte seiner ganzen Politik unterliegen, wenn es in dieser ersten Stunde beifolgende Weisheit nicht seine Stimme für das geschädigte Recht erheben und die Reichsregierung nicht zurückziehen worden würde, sich auf so gefährliche Wege zu begeben. Die Reichsregierung glaubt vielleicht, mit diesen Maßnahmen ihre Position zu stärken, in Wirklichkeit schwächt sie an ihrem eigenen Grad.

Das bayerische Zentrum macht sehr wohlgehende Vorwürfe, um eine solche Sache zu verteidigen, und verweist, daß schon einmal, im Jahre 1923, gegen eine unfähige Landesregierung von Reich wegen militärisch eingeschritten wurde, nämlich gegen Sassen und zwar auf Verordnung des sozialdemokratischen Reichspräsidenten. Erst damals ist die Berechtigung zu diesem Schritt von den Ländern nicht bestritten worden, was soll also jetzt die Scheinheiligkeit der Berufung auf das Recht? Sie beweist nur, daß die Bayerische Volkspartei ihre Parteinteressen über das Vaterland stellt.

In heftigen Regierungskreisen.

Es ist heftig über die Möglichkeit und Form, in der die Reichsregierung gegen Bayern das erste bayerische Land vorzugehen will. Man befragt es darum in Darmstadt, ob verlässliche Länder zur Prüfung der Reichsgerichtsbarkeit des Vorgehens der Reichsregierung an den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich appelliert haben.

Auch Ausnahmezustand in Hessen?

Der Hessische Landtag ist am Donnerstag, den 23. Juli, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht unter anderem ein nationalsozialistischer Antrag auf Änderung der Verfassung. Danach soll künftig das Wechselsystem der Landesregierungen durch die Nationalsozialistische Verhängung des Ausnahmezustands in Hessen.

Ruhe in Berlin.

Die Reichsanwaltschaft, über die gestern der militärische Ausnahmezustand verhängt worden ist, zeigte nach Bekanntwerden des Eingreifens der Reichsregierung keinerlei Zeichen von Unruhe. In der Wilhelmstraße und unter den Linden herrscht das übliche Bild. Die Reichsanwaltschaft ist, wie die Wachen des Publikums unruhig. Vor allen preussischen Staatsministern stehen der übliche Schwuppen und einige Kameraleute, die nicht auf ihre Rechnung kommen. Sogar der Reichsministerpräsident, der seinen vor dem Reichsgerichtstermin zu sehen ist, steht heute hinter dem Eingangspassier. Selbst in den bekannten Umkleekabinen von Berlin hat die Nachricht der über Preußen verhängten Maßnahmen keinerlei Unruhe hervorgerufen. Man sah auch vor den Aushängen der Extrablätter nur die üblichen Gruppen.

Auf die Straßen der Reichsanwaltschaft übertrag sich in den Abendstunden die Aufregung und Spannung, die von den politischen Ereignissen des Tages ausgeht. In allen Teilen der Stadt fanden sich auf den Straßen und Plätzen Anhänger der verschiedenen politischen Richtungen zusammen, die leidenschaftlich die politischen Meinungen in Preußen besprachen. Vor allem wurden vor den Reichsanwaltschaften die Wachen der politischen Parteien heftig erwidert, ohne daß es jedoch hierbei zu irgendwelchen Zwischenfällen gekommen ist.

Im Regierungsviertel hatten sich viele Mengehaufen gebildet, die aber nicht auf ihre Kosten kamen, auf ein kleines Polizeiaufgebot im Kränzen und auf Pferde und den verärgerten Postenknecht vor den Ministerien verriet nichts die Bedeutung der politischen Vorgänge. Die meisten Abendblätter waren mit mehreren Ausgaben erschienen und fanden an den Straßen reißenden Absatz. Die Polizei verlor ihren Dienst mit besonderer Zurückhaltung und hatte bisher keinen Anlaß zum Einschreiten gefunden.

Wegen Drucklegung zum Generalkriegs anfordernde Flugblätter in der Druckerei der „Noten Fahne“ ist in der Nacht zum Donnerstag die Druckerei der „Noten Fahne“ polizeilich geschlossen worden.

„Schach dem System.“

Deutschnationale Stellungnahme zur Lage.

Der Presseschef der Deutschnationalen Volkspartei nimmt unter dieser Ueberschrift zur Lage u. a. wie folgt Stellung:

Die bringende deutschnationale Forderung auf Einleitung eines Reichskommissars, der Augenblick nach Montag abend in Siegen schärfsten Ausdruck verliehen hatte, ist erfüllt. Nicht zuletzt diesem deutschnationalen Druck — die Partei war die einzige, die von Anfang an auf dieser Maßnahme bestanden hatte — ist es zuzuschreiben, daß endlich durchgegriffen wird. Wir begrüßen die Energie, mit der die Reichsregierung die ersten notwendigen Maßnahmen durchgeführt hat, und wir werden sie in allem unterstützen, was sie mit wirksamer Energie aus dem Wege der rechtlichen Verleitung des Unrechts tut. Aber das System ist nicht nur rot, das System ist auch schwarz. Die anfäng-

Schieberei zwischen Kommunisten und Polizei.

Am Sonntagabend stellten sich nach Mitternacht etwa 200 Kommunisten einem Streikobmann und einem Minibus an, um ihnen die Fahrkarte zum Anhalten und Verlassen der Wagen unangenehm zu machen. Die Überfallkommando erließen, wurde die Beamten aus der Richtung der Schützenstraße unter starkes Mißbehagen genommen. Die Polizei erwiderte das Feuer. Einer der Demonstranten erhielt einen Brustschuß, an dem er kurz darauf im Krankenhaus verstarb. Die Ruhe konnte wieder hergestellt werden. Im übrigen Stadtbereich herrscht zurzeit völlige Ruhe.

Bewaffnete sozialdemokratische Hundertschaft im Walde ausgehoben.

Am Dienstag, nach einer Stillererklärung, ließen die der Polizei in Straßland Meldungen aus Regau ein, wonach sich große Anstalten auf der Regauer Glanitz in Höhe des Waldes gebildet hätten. Das in Straßland anwesende Kommando der Stettiner Hundertschaft fuhr nach Regau und wurde dort von einem Fernwächter aus Nischenberg dahingehend gewarnt, daß aus dem Walde Schüsse fielen. Als die Schutzpolizei vorrückte, heranzufahren, wurde sie aus dem Walde beschossen. Die Beamten erwiderten das Feuer und konnten die im Walde Versteckten festnehmen. Entgegen der Annahme, daß es sich um Angehörige der SPD, handle, wurde einwandfrei festgestellt, daß es sich um Angehörige der SPD, handle, die im Walde befindlichen Personen wurden festgenommen.

Insgesamt handelt es sich um ungefähr 100 Personen, darunter zwei Straßländer SPD-Bezirksleiter. Die Polizei fand im Wald versteckt u. a. 6 Pistolen, 77 Stück Munition, 14 dolschärftete Messer, 5 Gummihäppl, 1 Stahlrohr, 5 Zofschläger, einen Hammer, einen Dolchmesser, 34 dolschärftete, die teilweise mit Kugeln befüllt waren. Von den SPD-Beamten wurden zwei verletzt, einer davon ist neidort.

Preußen gewinnlich, der unabhängiger von allen Bindungen wäre. Man glaubt wohl, der Generalkriegs des Zentrums Demungen anzufragen zu können. Man wird im Falle Bayern treten, wie man im Falle Bayern geirrt hätte. Das Zentrum kennt keine Demungen. Ein Jurist gibt es für die Regierung Bayern nicht. Wer die Reichsregierung des Reichsstandes wird davon abhängen, ob sie gewillt ist, auch ins Schwarze zu treffen.

Dr. Hugenberg

erklärte in einer deutschnationalen Wahlversammlung in Koblenz an den neuesten innerpolitischen Ereignissen: „Es ist heute eine Voraussage in Erfüllung gegangen, die ich zuweilen im Freundeskreise gemacht habe: Wenn einmal ein Zentrum, das sich dem Zentrum nicht mehr abgeben als, entweder wird die preussische Regierung die Reichsregierung verdrängen oder umgekehrt. Es ist ein wahrer Segen, daß der Zustand endlich aufgehört hat, daß die beiden verfeindeten großen Reichsorganisationen sich gemäßigten wie zwei feindliche Staaten gegenübersehen, das also auf diesem Weg ein Anfang gemacht wird, den Dualismus zwischen Reich und Preußen, seine andere Seite, daß wir diese Entwicklung der Dinge begrüßen. Wenn jetzt Sozialdemokratie und Zentrum nun Morbid sprechen und davon reden, das sei ein Staatsstreich und eine Verfassungsänderung, so muß ich ihnen antworten: Nein, keineswegs, sondern das ist nur die logische Fortsetzung der Methode Brüning.“

Adolf Hitler

sprach in nationalsozialistischen Kundgebungen in Kiel, Hamburg, Bremen und Wiesbaden. Er führte u. a. aus: „Wir befinden uns gegenüber der Art der Wende des deutschen Schicksals. Heute handelt es sich nicht um das Schicksal Bayern, sondern heute geht der Kampf um Zentrum und Marxisten und hier deutscher Nationalsozialismus. Das sind die beiden Weltanschauungen, die miteinander ringen. Wenn unsere Gegner erklären, die Nationalsozialisten wollten keine Politik haben, nicht leben, so haben sie recht. Wir wollen, daß Deutschland endlich von dem Joch der 30 Parteien erlöst wird.“

In einer nationalsozialistischen Kundgebung in Münster forderte Adolf Hitler die Nationalsozialisten die allerschwersten in Kriminalhaft genommen und unter Anklage gestellt würden.

„Ein Martini in der Geschichte.“

Die Nationalsozialisten verankerten in einer Kundgebung in der Generalverwaltung von Epp und der preussische Landtagspräsident Kertl sprachen. Landtagspräsident Kertl sah seiner Freunde Ausdruck, daß die Reichsregierung so reich anerkannt habe, und zwar auf eine Zeit und Weise, die er bezeichnend nannte. Den Reichsminister habe er nicht gelobt; aber er begrüße seine Einsetzung. Jetzt werde der 31. Juli in Ruhe und Frieden vorbegehen. Der heutige Tag sei ein Martini in der Geschichte.

In einem Artikel mit der Ueberschrift „Das Ende des Seewing-Spules“ schreibt die Nationalsozialistische Korrespondenz u. a.: Die Reichsregierung hat nach dem Scheitern des Seewing-Spules in der letzten Sitzung in Preußen die einzige Datschung gegeben, die für sie als oberste Auflichtsbehörde zur Wiederherstellung von Ordnung und Sicher-

heit in Frage gekommen sei. Seewing habe mit seiner reichen Amtsentfaltung ein ebenbürtiges wie langjährig verdientes Ende gefunden. Er habe das System Seewing der Weibbrand unzureichender Gewalt für die Ziele der roten Diktatur, auf dem Weg der Ueberführung des Reichs in ein Reich der Sozialisten, durchzuführen versucht. Er werde hoffentlich bald den Seeliger von Dingen wegziehen, die unter Seewings Leitung, ja auf seine Verantwortung geschehen seien in Zusammenhang mit der Reichsfrage. Die Verantwortung über diesen Hauptverbrechen könne daher nur eine Frage von Tagen sein. Die große Uebertragung komme nun. Für Richter um ein nationalsozialistischer Staat zu sorgen wissen.

Londoner Pressestimmen.

Aus London wird gemeldet: Die Ereignisse in Deutschland werden von der Londoner Presse in großer Aufmerksamkeit mit Ueberblickung beobachtet. In einem „Staubrecht in Berlin“ oder „Triumph Hitlers“ gebracht.

Der konservative „Evening Standard“ erklärt, daß nach keine Regierung in Deutschland solche weitgehende Veränderungen treffen habe, wie sie nunmehr dem Reichsanwalt übertragen worden seien. Der liberale „Star“ schreibt, daß keine politische oder soziale Gruppe in Deutschland stark genug ist, einer solchen Konzentration Widerstand zu leisten.

Der „Morning Post“ von der Berliner Front hat die Berliner Vertreter des „Evening Standard“ beauftragt, die englische Öffentlichkeit in folgender Form über die Ereignisse in Deutschland zu unterrichten: Die Republikäre sind zu energiegeladener und weitgehendem Vorgehen bereit. Sie werden sich umringen und wollen die Republik verteidigen. Ein Generalkrieg ist die „Hesse und unversöhnliche Partei“. Eine starke Abteilung von Republikanern marschieren nach dem preussischen Innenministerium, um die Regierung vor der Verfassung zu beschützen (2).

Dieser „Der Royal“ konnte sich sehr bald auf Grund der neuen Ausnahmebestimmungen nicht mehr vor, sondern hinter der „Ehernen Front“, nämlich hinter den Witterstücken des Weimarer Reiches befinden.

Im Ganzen werden die politischen Ereignisse in Berlin von der Londoner Presse ruhig und sachlich aufgenommen. Die konservative „Morning Post“ hebt hervor, daß die Maßnahmen der Reichsregierung sich in erster Linie gegen die kommunistische Gefahr richten. Die Ereignisse bezeugen den Mangel an Autorität im heutigen Deutschland. Eine Absicht, die Verfassung zu ändern, brauche man in ihnen nicht zu sehen. Denn diese sei in den letzten zwei Jahren bereits durch die Ereignisse der Reichsregierung nicht mehr vor, sondern hinter der „Ehernen Front“, nämlich hinter den Witterstücken des Weimarer Reiches befinden.

Im Ganzen werden die politischen Ereignisse in Berlin von der Londoner Presse ruhig und sachlich aufgenommen. Die konservative „Morning Post“ hebt hervor, daß die Maßnahmen der Reichsregierung sich in erster Linie gegen die kommunistische Gefahr richten. Die Ereignisse bezeugen den Mangel an Autorität im heutigen Deutschland. Eine Absicht, die Verfassung zu ändern, brauche man in ihnen nicht zu sehen. Denn diese sei in den letzten zwei Jahren bereits durch die Ereignisse der Reichsregierung nicht mehr vor, sondern hinter der „Ehernen Front“, nämlich hinter den Witterstücken des Weimarer Reiches befinden.

Neuporter Blätterstimmen.

Die Neuporter Blätter berichten auf ihrer Hauptseite ausführlich über die Ereignisse in Preußen. Die „Times“ steht in dem Vorgehen u. Bayerns das Niederlegen des alten deutschen Sinnes für öffentliche Ordnung. Außerdem sei die politische Pflicht vorzuziehen, durch strenge Maßnahmen bei den Reichsstaatsanwälten Hitler das Scher abzugeben. Das Blatt erwartet eine frammende Koalition zwischen Zentrum, Deutschnationalen und Nationalsozialisten.

DBP und Reichswahlvorschlag.

Die Pressestelle der Deutschen Volkspartei teilt mit: Die Deutsche Volkspartei ihrer Reichsliste mit denjenigen der Deutschnationalen vereinigt. Daher erscheint die Deutsche Volkspartei nicht unter Wahlverzeichnissen der eingereichten Reichsliste vorzuziehen. Dagegen hat die Deutsche Volkspartei in sämtlichen 33 Wahlkreisen eigene Wahlvorschläge eingereicht, die überall die Dr. 6 führen. Die in den Wahlkreisen nicht verbrauchten Reichslisten der Deutschen Volkspartei kommen auf der Reichsliste der Deutschnationalen zur Verrechnung. Sie enthält von dieser Liste diejenigen volksparteilichen Mandate, die nach ihrer Reichslistenwahl sich ergeben. So geht keine Stimme verloren.

Polnischer Protest in Berlin.

Wie das Warschauer Regierungsblatt „Gazeta Polska“ berichtet, hat der polnische Gesandte in Berlin bei der Reichsregierung Protest gegen die Verletzung der politischen Selbstbestimmung auf der Seite durch die deutsche Kriegsgefahr eingereicht. Angeblich haben, wie es heißt, sieben mit Maschinenengewehren besetzte Motorboote unter deutscher Flagge in polnischen Gewässern im Pustiger Bieł und 2% Meilen von Pöla entern, Uebungen veranstaltet (?).

Wie aus Budapest halbamtlich mitgeteilt wird, hat die ungarische Regierung die englische und französische Einladung, sich dem Weimarer System anzugliedern, in zunehmendem Maße zurückgewiesen.

Wie aus Belgrad amtlich mitgeteilt wird, hat die jugoslawische Regierung beschlossen, dem Weimarer System beizutreten.

Welt-Stoff-Verkaufslage

Die seit einiger Zeit in London geführten Verhandlungen zwischen Vertretern der heimischen und der europäischen Textilindustrie sind heute beendet...

Europäische Kupfer-Verhandlungen?

Die Kupferbörse hat die Kupferpreise jetzt auf ein Niveau senkt, das wohl für 1 1/2 Prozent zu niedrig ist...

Ob die Kupferbörse sich zunächst noch weiter fortbewegen wird, dürfte wenigstens zweifellos davon abhängen, ob die bevorstehenden Verhandlungen mit der Anaconda Copper Co. zur Gründung einer außeramerikanischen Kupfervereinbarung...

Ein deutsch-italischer Handelsaustausch in Vorbereitung?

London, 20. Juli. Es verlautet, daß ein Dr. Mac Vaughan, ein früheres Mitglied des Britischen Zentral-Elektrizitätsausschusses, voraussichtlich auf Veranlassung der Regierung...

Berliner Börse vom 20. Juli

Table with columns for Deutsche Aktien, Industrie-Aktien, Verkehr-Aktien, and various stock prices.

Der deutsche Wagen drängte den Amerikaner zurück.

Fortschritte der deutschen Autoindustrie in Deutschland. — Kleinwagenerfolge im Ausland.

Das Automobilgeschäft ist in Deutschland in den letzten Jahren eine mit fortgesetzter Wirtschaftsdrehtreibung...

Wartwendend.

Berlin, 21. Juli. Die Berliner Verbände lag am Donnerstag ruhig und abwartend.

Hausliche Börse vom 21. Juli

Table with columns for various household goods and prices.

Brandstiftungen im Juni 1932.

Nach der Feststellung des Verbandes öffentlicher Feuerwehreinrichtungen in Deutschland sind die Feuerungen für Brandstiftungen...

Brandstiftungen im Juni 1932.

Nach der Feststellung des Verbandes öffentlicher Feuerwehreinrichtungen in Deutschland sind die Feuerungen für Brandstiftungen...

Brandstiftungen im Juni 1932.

Nach der Feststellung des Verbandes öffentlicher Feuerwehreinrichtungen in Deutschland sind die Feuerungen für Brandstiftungen...

Berliner Produktbericht.

Die innenpolitischen Vorgänge bildeten auch am Produktmarkt heute den Hauptgesichtspunkt, eine Steigerung auf die Verwertung...

Berliner Produktbericht vom 20. Juli.

Table with columns for various products and their prices.

Metallpreise in Berlin vom 20. Juli.

Table with columns for metal prices and their values.

Wahrscheinlich + bedeutet über - unter 100.

Table with columns for exchange rates and prices.

Apollon-Werke A.G., Apolda.

Der Verwaltungsrat der Apollon-Werke A.G. Apolda, Ueber das Vermögen der Gesellschaft ist nunmehr das Konkursverfahren eröffnet worden.

Large table with multiple columns listing various companies and their financial data.

Musler-Heimat

Kollisionsunfall Schul wegen Urkundenfälschung verurteilt.

Defchid. Der Polizeikommissar Schul hier hatte sich unter der Anklage der Urkundenfälschung vor Gericht zu verantworten. Bevor er seinen jetzigen Posten erhielt, war der Angeklagte fälschlicher Polizeibeamter in Dessau. Als er sich um den Posten in Defchid bewarb, ließ er aus der Nachschrift des Zeugnisses, das er in Dessau erhalten hatte, einen für ihn unangenehmen Satz fort und ließ diese Nachschrift von der Dessauer Polizei beglaubigen. Das war dadurch möglich, daß Schul dem betreffenden Beamten das Originalzeugnis vorlegte, während jener fälschlich die Nachschrift nachlas. Schul verweigerte natürlich beim Vorlesen den betreffenden Satz. Das Gericht hat Urkundenfälschung im Sinne der Anklage nicht als nachgewiesen, sondern erkannte nicht auf die Urkundenfälschung auf drei Wochen Gefängnis unter Zubilligung mildernder Umstände.

Landesverbandstag der Schuhmacherinnungen.

Sangerhausen. Am Sonntag und Montag wurde der Landesverbandstag der Schuhmacherinnungen des Landesverbandes Sachsen-Anhalt (Sächsischer Landesverband) in Sangerhausen abgehalten. Der Verbandstag wurde am Sonntag die Generalversammlung der „Stranzende“ statt, die von Obermeister Flüg, Magdeburg, geleitet wurde. Aus dem Tätigkeitsbericht ging hervor, daß die Mitgliederzahl um ein Viertel, nämlich um 10 Prozent, im letzten Jahre der Verbandsperiode zugenommen hat. Der Verbandstag wurde am Montag von der eigentlichen Landesverbandstagung aufgenommen, die außerordentlich stark besucht war. Obermeister Flüg leitete die Verhandlungen. Die Tagung fand ganz im Zeichen der Wirtschaftskrise, zeigte aber auch den Optimismus der Handwerkskollegen, daß es mit dem Handwerk wieder aufwärts gehen müsse. Von der Regierung wurde ein härterer Schutz des Handwerks in Steuererlagen umgekehrt, vor allen Dingen wünschte man auch eine härtere Besteuerung der Fabrikbetriebe der Großindustrie. Obermeister Poppe aus Schönebeck berichtete über die innere Organisation des Schuhmacherverbandes. Gemeinverordnungsleiter Benemann, Magdeburg, behandelte die Stellung des Handwerkes in der Krise, während der Redemann, Magdeburg, ein Bild der Lage der deutschen Volkswirtschaft gab. Den Beschluß der Tagung bildeten Anträge für den Reichsverbandstag in Nürnberg.

Jagdunfall eines Wilderers.

Dobruß. Am Sonntag wilderte der Schloßer Wilhelm Ue. aus Magdeburg in der hiesigen Feldmark. Er wurde dabei beobachtet und verurteilt sich Genes in einem Wäldchen. Als er sein Gewehr wieder aufhängen wollte, ging der Schuß los. Er traf die Ue in den rechten Unterarm, der dadurch vollständig von der Schulter abgetrennt wurde. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde Ue. in das Sangerhäuser Krankenhaus übergeführt.

Ein Mann ist unlosbar

Roman von Vera Bern.

(28. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.) Sie entfaltete den angelegten, eingetragenen Zeitplan, in dem sie jeden Tag die verkauften Pläne mit einem Zeitkürzel beschriftet, das sie nach der Abrechnung wieder ausbrachte. „Da — Vone G. Der Plan neben ihm habe ich nicht verkauft.“ Er grüßte ihn mit einem Nicken während René auftrat. „Leut ich ab! Bring ihn dann in dein Hotel.“ „Das er nicht ranfommt an unrenen Clowm! Ich Kopf heute den René heraus.“ „Ich bring ihn zum Clowm.“ „Ah, Wolgion, du wirst ja doch wieder alles verkehrt machen.“ Madame Juliete hat es längst verstanden, daß sie selbst die Aufregungen der letzten Zeit verurteilt hat. „Marie doch!“ rief sie ihm nach. „Der Brief hier.“ „Er ist vorhin für dich abgeben worden.“ „Ja?“ „Gib her“, sagt Wolgion. Und beruhigend: „Hab keine Angst wegen René.“ „der schließt nicht wo anders ab. Der läßt überhaupt keinen zur Verbindung an sich kam!“ „Der kommt zu uns — jeden Sommer! Ich hab ihn sogar vorhin rechtlich verurteilt, seine Clow zu erhöhen — das beträchtlich loast. Also — keine Angst! Der macht uns jeden Sommer das Geschäft.“ „Bis er alt und hässlich ist.“ „Sprich du nicht soviel an René, wenn du ihn zum Clow bringst.“ „Ich hab das nicht.“ Wolgion kommt an Henri René vorbei, der abgehört für alles, was sich um ihn herum begibt, wie gelebt, mit angeborener Berse, vorgetriebenem Oberkörper, zum Doppel-

Dynamitfund an einer Eisenbahnbrücke.

Ein kommunistischer Angriff wird vermutet.

Liebenrün (Liegenrün). In der Nähe der Biemhals-Brücke fand ein Einwohner 32 Dynamitpatronen. Die Polizei hat sofort eine Untersuchung eingeleitet. Es wird vermutet, daß von Angehörigen der kommunistischen Partei ein Anschlag auf die 22 Meter hohe Biemhals-Brücke über den in der Nähe befindlichen Eisenbahntunnel der Strecke Triptitz-Bismark geplant war. Was das Dynamit geschloß ist, ist noch nicht festgestellt.

Wer war der Mörder?

Wittenberg. Der Regierungspräsident hat die Belohnung in der Wörthche Bieme in Seegeroda auf 500 RM. festgesetzt. Bei dem Mordfall handelt es sich um die Ermordung des Arbeiters Bieme, der kürzlich mit Schwundenden in einem Hof aufgefunden worden ist. Die Untersuchung der Landeskriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft Torgau haben einmündig Mord ergeben. Die Fahndung nach den Tätern ist im Gange.

Weißen. (Ein Kraftfahrzeugführer überfallen.) Auf dem Theaterplatz wurde nachts ein Kraftfahrzeugführer von zwei Unbekannten zu einer Fahrt nach Pabstorf angefordert. Auf der Staatsstraße nach Dresden, in der Nähe der Reichshaus, forderten die Unbekannten den Wagenführer unter Vorlesen von Schulnoten zum Aussteigen auf. Der Ueberfallene mußte der Aufforderung nachkommen, worauf die Täter mit dem Wagen in Richtung Dresden davonfuhren.

Seis. (Zehnjähriger Kassenführer.) Mittags drang ein etwa zehn Jahre alter Junge in eine Kasse ein, der Kassenführer ein und rannte die Kassehölle nach Dresden, in der Nähe der Reichshaus, konnte man das Verlöbte nicht habhaft werden.

Von der Wagenlinie schwer verletzt.

Cannawurf. Die 17jährige Eilfriede Schötenkoff wurde von einer sich plötzlich öffnenden Wagenlinie eines schweren Unfalls so unglücklich getroffen, daß sie zu Boden stürzte und überfahren wurde. In schwerstem Zustand wurde das Mädchen in das Erfurter Krankenhaus gebracht.

Neue Durchfahrtsstraße.

Torgau. Das Labrynth der Durchfahrtsstraßen in Torgau war der Schreden aller Kraftfahrer. Durch die Schaffung einer Verbindungstraße zwischen der Bahnhofsstraße und der Schulstraße, die jetzt für den Verkehr freigegeben wurde, ist das Durchfahren Torgaus wesentlich erleichtert worden. Es handelt sich um den Zug der Autofernverkehrsstraße 87, die von Herzberg über Torgau nach Elendburg führt.

Migraleurer Sohn.

Sangerhausen. Eine häßliche Szene spielte sich Dienstagsabend in der Fabrikstraße bei einer Kamille ab. Der arbeitslose Sohn hatte von der Arbeitsnachwehstelle bei einem Landwirt in Sehmitz Arbeit zugewiesen erhalten. Als der junge Mann aber zwei Tage gearbeitet hatte, paßte ihm die Arbeit nicht mehr, und so kehrte er einfach wieder in das

Zur Aufdeckung des dreifachen Kindesmordes.

Durch einen Drohbrief der verlassenen Geliebten.

Erstarrt. In der Aufdeckung des dreifachen Kindesmordes, der einem Erstarbeiter und dessen Geliebten zur Last gelegt wird, erkräft man noch folgende Einzelheiten: Der Arbeiter U. ist verheiratet und hat elf Kinder. Er entzweite sich mit seiner Gattin und zog zu seiner Geliebten. Dem Verhältnis entstammten weitere sechs Kinder. Als B. arbeitslos wurde, kam er seinen Unterhaltsverpflichtungen gegenüber seiner Familie nicht mehr nach, worauf seine Frau die von ihm besagene Unterdrückung spürte. B. kehrte darauf wieder zu seiner Frau zurück. Ein Drohbrief seiner Geliebten fiel zufällig in die Hände eines Nachbarn des Arbeiters, der sich darüber wunderte, daß im Brief von sechs Kindern der Geliebten die Rede war, während ihm nur drei bekannt waren. Er kloppte Verbotstafel und übernahm den Brief der Polizei. Die Feststellungen erzeigten, daß B. drei seiner aus dem Verhältnis mit der Geliebten entstammenden Kinder auf bestialische Weise um Leben gebracht hat. Eins von ihnen verstarb er in der Nähe des Bismarkturmes, ein Zwillingsspaar begrub er in frisch ausgeworfenen Gräbern auf dem Hauptfriedhof. Der uneheliche Vater tötete das Zwillingsspaar, indem er beide Säuglinge mit den Köpfen aneinander schlug. — Die Geliebte wurde, da sie sich in anderen Umständen befindet, aus dem Gefängnis entlassen.

Elternhaus zurück. Als die Mutter dem Sohn hierüber Vorkathungen machte, antwortete er ihr mit Schimpfwörtern, bis dem Vater die Sache zu hart wurde und er seinen Erstling auf die Straße setzte. Mit gestemtem Vater hielt sich der junge Burche jetzt seinen Mutter vom Leibe. Der uneheliche Austritt hatte zahlreiche Neugierige angezogen.

Billiche Gärten.

Magdeburg. Auf dem Wochenmarkt am Mittwoch gab es schon ein weitläufiges Angebot in Einlegegurten als am Sonntagabend. Die Preise war ein Maßstab des Preises von 4 Mark auf 2,75 bis 3 Mark für das Schod. Salatgurten wurden für 10 bis 20 Pfennig das Stück abgegeben.

630 000 Mark Reichshilfe für Juli-August.

Magdeburg. Das Reichsfinanzministerium hat heute die Reichshilfe für die Stadt Magdeburg für die Monate Juli und August 1932 zur Erläuterung ihrer Wohlfahrtsarbeiten freigelegt. Der Anteilbetrag der Stadt Magdeburg an der Reichshilfe beträgt für die Monate Juli und August 1932 je 315 000 Mark, von denen 10 Prozent für den Preussischen Landesausgleichsfonds für Preussens notleidende Gemeinden und Ge-

meindeverbände abzugeben sind. Maßgebend für die Errechnung dieses Betrages war die am 31. Mai 1932 in der Stadt Magdeburg vorhandene Zahl der Wohlfahrtsverbände. Bei ihrer Einmündigkeit von 207 686 gab es am 31. Mai 1932 in der Stadt Magdeburg 16 876 Wohlfahrtsverbände oder 56,8 auf 1000 der Bevölkerung. Mit diesem Zahlenstand erreicht die Stadt Magdeburg den Durchschnittsstand der Städtegruppe von 200 000 bis 500 000 Einwohner nicht ganz.

Reichsverband deutscher Milchhändler.

Magdeburg. Der Reichsverband deutscher Milchhändlervereine e. V. hielt in diesen Tagen in Magdeburg seinen 22. Verbandstag ab. Beim Begrüßungsabend in den Altstädter Bierhäusern hielt der 1. Vorsitzende des Reichsverbandes deutscher Milchhändler für Magdeburg und Umgebung, G. Klutentretter, die Gäste willkommen. Der Präsident des Reichsverbandes, H. Neim, dankte für die herzliche Aufnahme in der Stadt. Der Reichsverband (Berlin) eröffnete Delegatenernennungsbefugnisse für Mitglieder des Reichsverbandes. Eine Aufhebung sei zur Zeit bei seiner tragweite getarnten politischen Situation im Hinblick auf die Reichsverbandstagung in Berlin, die im Reichsverbandstagung verbunden. Eine Wundersituation. Die Milch gab interessante volkswirtschaftliche und volksgesundheitliche Auffassungen.

Ueberflüchtige Ehrlichkeit.

Dura. Hier gehärtet die Hemberger Scala. Am Nischenalt hat ein Bürger Einwohner, der das Geld auf einige Minuten verlieh. Als er zurückkehrte, sah er zu seinen Füßen ein Portemonnaie mit Inhalt liegen. Er schickte sich sofort an längere Zeit, bis er brachte ihm einen Hund der Richtung, bei der sich ja der Verlierer schon nach Hause würde. Als der ehrliche Bürger nach Hause kam, gemahnte er zu seinem Schreden, daß er kein — Portemonnaie verloren hatte. Und nun ging ihm ein Licht auf, er hatte sein eigenes verloren. Er schickte sich sofort an längere Zeit, bis er brachte ihm einen Hund der Richtung, bei der sich ja der Verlierer schon nach Hause würde. Als der ehrliche Bürger nach Hause kam, gemahnte er zu seinem Schreden, daß er kein — Portemonnaie verloren hatte. Und nun ging ihm ein Licht auf, er hatte sein eigenes verloren.

Politik auf dem Schornstein.

Unfall eines frühen Altererers.

Bernauerode. Vor kurzem war nachsicherweise auf dem hohen Kaminrohrschornstein des jetzt leer stehenden ehemaligen Reichslandwirts Waggonwerkes die Kaminkehrerarbeit durchgeführt worden. Dabei ist ein Arbeiter nicht ruhen lassen, man hätte die Fabrik nicht heruntergeholt und dafür nun eine rote Fabrik angebracht. In der Dienstagsnacht verunglückte ein junger Mann den großen Schornstein zu erklimmen, um feineren Blick auf die rote Fabrik herabzubringen. Er stürzte dabei ab und mußte mit schweren Verletzungen in das Krankenhaus eingeliefert werden.

Wichtiges Plennig der Zentner Heu!

Süntersberge. Die Deuernte ist auch hier wie im ganzen Harzgebiet infolge des guten Wetters beendet. Der Ertrag der Bielen ist im Durchschnitt als gut zu bezeichnen; besonders auf den Bergwiesen ist recht viel Futter geerntet worden; aber die Securreite sind zu niedrig (80 Pf. je Zentner), das ist sich nicht lohnt, das Heu an Stadtabnehmer zu verkaufen. Der Erlös aus der Deuernte war vor dem Kriege eine Einnahme, auf die die Harzbaronen immerhin mit Sicherheit rechnen konnten.

„... Den René mußte er sich halten! Mische! Wolgion schneit zur Seite: Henri René purzelbaumt auf dem Manegeland an ihm vorbei.“

„... und um noch einige Zentimeter kleiner, müßte sich Wolgion auf den freien Platz der vorn an der Manege liegenden Klog Nr. 6.“

„Er warheit, daß der schwarze Herr, der auf dem besetzten Platz sitzt, zur Seite blickt. Als dies nicht geschieht, räuspert er sich und beugt sich vor.“

„Gestatten Sie, ich bin Wolgion, Direktor des Circus 'Adele!'.“

„Lachen.“ „Lachen.“ „Alle lachen.“ „Circus-drei-drei: Alle lachen!“

„Unbegreiflich winkt Staniel ab: „Ja, ja, Augenblick.“ Er redt sich vor, weil über die kleine Verengung des hindangegangenen hochgeschleuberten Manegelandes. Um seinen Mund zuckt es.“

„Wolgion rückt unruhig auf seinem Stuhl hin und her.“

„Wolgion wirt sich in die Brant.“

„... nicht mehr der kritische Vertreter eines gewaltigen Varietés-Angens, der es verstehen muß, einen Grob Star durch überlegene, etwas herablassende Anfertigung, sein Kunst zu drücken.“

„Henri René steht in der Manege. Sein Blick gleitet die Eisbahnen entlang. Er wint in die Luft.“

„Vorbel... Vorbel...“

„Bedenkens ist die plötzliche Stille unter dem Schein, beängstigend der Anblick der vielen hundert Gesichtsausdrücke, die in Kreisen übereinander die aufgestellten Mäuler schließen und aus der Verzerrung schrankenloser Phantasie in Mund ausdrücken.“

„Koch Kadstränen in den Augen, leucht sich Staniel in den Stuhl zurück — Donnerwetter!“

„Gleichgültig, mit schleppten Schritten, seine Clownumfüllen am Boden hinter sich nachschleifend, schloß Henri René in Totenstille aus der Manege. Seine affektive Wollergüsse vernehmbar hinter den Rücken der Stühle.“

„Applaus legt ein. Wie eine Salve, die hinter dem Clowm herauf, die sich verkräftigt an organarntigem Loben, von johlenden Schreien durchzieht.“

„René!...“ „Henri René!“

„Staniel erhebt sich.“



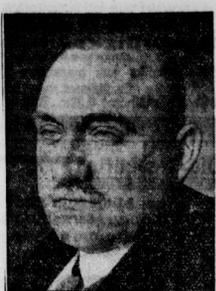
Copyright by Novissima Verlag, Berlin SW 64.



Dr. Braht,



Generalleutnant v. Kundstedt,



Grzesinski,



Weiß,



Polizeibekannt Heimannberg,

Ueberraschung in Paris.

Heße gegen Hiller und Hugenberg, Phantasien über die Hohenzollern.

Aus Paris verläutet: Der erzwungene Rücktritt der preussischen Regierung und die Vertreibung des Reichsstaatskanzlers in Preussen sowie die Erklärung des Ausnahmestandes in Berlin und Brandenburg werden in der französischen Öffentlichkeit und Presse mit großem Interesse verfolgt. Trotz der immer weiteren Zustimmung der innerpolitischen Lage in Deutschland und des Ueberhandnehmens der kommunikativen Ausstellungen hätte man hier nicht daran geglaubt, daß die Reichsregierung derart einschneidende Maßnahmen treffen würde. Der Ersola ist eine allgemeine Ueberraschung und eine mehr oder weniger feindselige Einseitigkeit gegenüber der Reichsregierung. So schreibt der "Temps" in einem Bericht aus Berlin, daß die Maßnahmen der Reichsregierung schon Tage vor dem Wahlen zum Reichstag überraschend kämen. Der "Eclair" könne nur durch den immer stärker werdenden Druck Hiller's und Hugenberg's auf den Reichsstaatskanzler erklärt werden. Die Auswirkungen würden für sich sehr erster Natur sein und sich besonders in den süddeutschen Ländern fühlbar machen, die sich namentlich durch ähnliche Maßnahmen bedroht fühlen. Der "Paris Echo" erklärt, daß das Ausland der Entscheidung der innerpolitischen Lage in Deutschland nicht gleichgültig

gegenüberstehen dürfe. Man müsse sich bezüglich die Frage vorlegen, welchen Wert das Wort eines Reichsstaatskanzlers in Preussen liefert. Seit der Revolution habe sich die Regierungskurve mit erschreckender Geschwindigkeit dem einzigen Ziel, nämlich der Wiedererrichtung der Hohenzollern, genähert. Ingeheimliche Heße man einem Kabinett des Adels unter Führung Papens gegenüber, morgen werde Hiller die Zügel in die Hand nehmen und übermorgen werde die Wiedererrichtung der Hohenzollern Wirklichkeit sein.

Die heutigen großen Pariser Morgenblätter verhalten sich ziemlich abwartend, doch führt man die Kunde vor einer nationalen Stärkung des Reiches. Schließlich dem Generalstab nachstehend, "Echo de Paris" verleiht sich zu direkten Drohungen und legt der französischen Regierung nahe, das Saargebiet auf alle Fälle belegen zu lassen.

Das linksgerichtete "Ceuvre" stellt die Behauptung auf, daß die Maßnahmen der Reichsregierung durch die bevorstehende Waffentilgung des Kaiserlichen Abkommens und dem bevorstehenden Abbruch der ersten Phase der Abrüstungskonferenz bedingt werden seien, um der Reichsregierung nach innen und außen die notwendige Autorität zu geben.

Deutschland fordert Rüstungsgleichberechtigung.

Aus Genf wird gemeldet: Der deutsche Vertreter auf der Abrüstungskonferenz, Votführer Mollath, hat dem französischen Ministerpräsidenten Herriot einen schriftlich formulierten Zusatzantrag zur deutschen Abordnung zu der von den vier Großmächten am Dienstag ausgearbeiteten Vertragsentwurf überreicht. In dem deutschen Antrag wird die grundsätzliche Forderung auf Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage erhoben. Herriot hat sich die Stellungnahme zu diesem deutschen Antrag vorbehalten. Der deutsche Antrag ist gleichfalls den übrigen Mächten zur Kenntnisnahme übermitteln worden.

Der Hauptanstoß der Abrüstungskonferenz trat gestern nach wochenlanger Unterbrechung unter dem Vorsitz von Henderson (Aussenminister der einflussreichen Labourregierung) zusammen, um die Verhandlungen über die von Deutschland vorgeschlagene Vertragsentwurf über die gegenwärtig maßgeblichen Abrüstungsmaßnahmen wieder in die Wege zu leiten. Die Vertragsentwurf, die als Grundlage des fünftägigen Abrüstungsabkommens gedacht ist, regelt eine Reihe von Maßnahmen der allgemeinen Abrüstung. An der Sitzung nahmen u. a. Herriot, Simon, Litwinow u. Madalin teil.

Herriot führte aus, die vorgeschlagenen Abrüstungsmaßnahmen bedeuteten die ersten entscheidenden Entschlüsse und damit einen wesentlichen Teil des kommenden allgemeinen Abrüstungsabkommens. Der Vorschlag werde die allgemeine Auffassung über die gegenwärtig maßgeblichen Abrüstungsmaßnahmen wieder in die Wege zu leiten. Die Vertragsentwurf, die als Grundlage des fünftägigen Abrüstungsabkommens gedacht ist, regelt eine Reihe von Maßnahmen der allgemeinen Abrüstung. An der Sitzung nahmen u. a. Herriot, Simon, Litwinow u. Madalin teil.

Herriot führte aus, die vorgeschlagenen Abrüstungsmaßnahmen bedeuteten die ersten entscheidenden Entschlüsse und damit einen wesentlichen Teil des kommenden allgemeinen Abrüstungsabkommens. Der Vorschlag werde die allgemeine Auffassung über die gegenwärtig maßgeblichen Abrüstungsmaßnahmen wieder in die Wege zu leiten. Die Vertragsentwurf, die als Grundlage des fünftägigen Abrüstungsabkommens gedacht ist, regelt eine Reihe von Maßnahmen der allgemeinen Abrüstung. An der Sitzung nahmen u. a. Herriot, Simon, Litwinow u. Madalin teil.

Dem amerikanischen Votführer Gibson wurde sodann als einziger gefattet, eine Erklärung über die Stellungnahme der amerikanischen Regierung zu der Vertragsentwurf abzugeben. Er erklärte, die Entscheidung über die Aufnahme des Entwurfs, die er halte nicht, was weitergehende Abrüstungsmaßnahmen anstehen. Ein erster Schritt zur wesentlichen Fortsetzung der Rüstungen sei jetzt getan.

Die abschließende Aussprache über die Vertragsentwurf wurde am Montag auf Donnerstagabendmittag vertagt worden, um den einzelnen Abordnungen die Möglichkeit der Prüfung des Vorschlages zu geben. Die Verhandlungen werden mit einer Unterbrechung über den Wochenende voraussichtlich am Freitag oder Sonnabend abschließen.

Aus den Erklärungen Herriot's und Gibson's ergibt sich, daß die Militärmächte der wirklichen Abrüstung nach wie vor durchaus ans dem Wege gehen und an einer Abrüstung, wie sie Deutschland anstrebt, nicht interessiert sind. Der deutsche Antrag wurde und wie sie der Verfallener Vertrag auch ihnen anerkennen, nicht im ernstlichen denken. Damit lebten sie aus dem deutschen Standpunkt der Gleichberechtigung ab.

Man wird abwarten müssen, ob etwa Mussolini als neuer italienischer Außenminister noch in letzter Minute in Genf erscheint und durch die Wucht seiner überausen Persönlichkeit wenigstens noch einen gewissen Wandel dieser Lage herbeiführt.

Die Flamen fordern Schaffung eines Bundesstaates.

Wie weit die flämische Freiheitsbewegung gegen die bisherige Vorherrschaft der wallonischen Wünderheit in Belgien schon gediehen ist, zeigte ein Antrag, der gestern in der belgischen Kammer eingebracht wurde. Die flämischen Nationalisten hatten den Antrag gestellt, Belgien in einen Bundesstaat mit einem flämischen und einem wallonischen Gliedstaat umzuwandeln. Der flämische nationalistiche Abgeordnete Vos begründete den Antrag und erklärte, der Bundesstaat müsse mehrere nationalitäre Flamenführer betrauteten den Bundesstaat (sonst schon als ungenügend). Vanderveerde erklärte im Namen der Sozialisten, daß sich keine Partei bei der Abstimmung der Stimme enthalten würde. Er erklärte weiter, daß die Frage einer Änderung der belgischen Verfassung noch nicht reif sei, und daß die hierfür notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erzielt werden würde. Die Aufrechterhaltung des Einheitsstaates sei eine nationale und internationale Notwendigkeit. Er befürwortete jedoch eine größere Selbstständigkeit der Provinzen. Im Namen der flämischen Katholiken erklärte van Cauwelaert, er werde gegen den Antrag stimmen, der Antrag der flämischen Nationalisten bedeute weiter nichts als den Willen zur Fortführung Belgiens. Ein flämischer Liberaler äußerte sich darauf in selben Sinne. Der flämische nationalistiche Abgeordnete Verdurin erklärte, die Aufrechterhaltung sei eine nationale und internationale Notwendigkeit. Er befürwortete jedoch eine größere Selbstständigkeit der Provinzen. Im Namen der flämischen Katholiken erklärte van Cauwelaert, er werde gegen den Antrag stimmen, der Antrag der flämischen Nationalisten bedeute weiter nichts als den Willen zur Fortführung Belgiens. Ein flämischer Liberaler äußerte sich darauf in selben Sinne. Der flämische nationalistiche Abgeordnete Verdurin erklärte, die Aufrechterhaltung sei eine nationale und internationale Notwendigkeit. Er befürwortete jedoch eine größere Selbstständigkeit der Provinzen.

Der Antrag wurde schließlich in einfacher Abstimmung abgelehnt. Aber die flämische Freiheitsbewegung geht weiter!

Mussolini übernimmt das Außenministerium

Umfangreiche Kabinettsumbildung in Italien.

Aus Rom wird gemeldet: Am Mittwoch hat Mussolini das gesamte Ministerium neu besetzt. Mussolini selbst übernimmt das Außenministerium und das Korporationsministerium.

Zur Umbildung des Staatsministeriums wird mitgeteilt: Die grundlegenden Persönlichkeitsveränderungen im italienischen Kabinett entsprechen, wie aus der amtlichen Mitteilung über die Kabinettsumbildung hervorgeht, der in Italien üblichen Tendenz der "Wanderung der Ämter". So ist denn auch der neue Justizminister der französische bisherige Rektor der Universität Rom und der neue Kultusminister Rektor der Universität Palermo gewesen.

Die Vereinigung der beiden wichtigsten Ministerien des Aeußeren und des Korporationsministeriums in der Hand Mussolinis läßt darauf schließen, daß sich die Außenpolitik wieder enger an die Innenpolitik angeschlossen werden soll. Die Übernahme des Außenministeriums durch Mussolini deutet darauf hin, daß Mussolini daran drängen will, daß die Abrüstungskonferenz und der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas jetzt schneller in Gang kommen. Die Übernahme des Außenministeriums durch Mussolini ist eine Folge der Haltung der übrigen europäischen Länder, die die Abnahme der Abrüstungsfrage und der anderen großen Fragen zu verschleppen.

Der Rücktritt Grandis von diesem Posten ist keineswegs darauf zurückzuführen, daß Grandis in Ungnade gefallen sei, denn er hat anerkanntermaßen mit den Vertretern aller europäischen Mächte auf bestem Fuße gestanden. Dadurch, daß dieses Ministerium jetzt von Mussolini selbst übernommen wird, soll die Haltung Italiens von dem Verhalten der übrigen Mächte befreit werden.

Die Übernahme des Korporationsministeriums durch Mussolini läßt auf eine erhöhte Aufmerksamkeit für die Fragen des allgemeinen Arbeitswesens schließen.

Mussolini für die Versailles-Revision.

Der römische Korrespondent des Mailänder "Popolo d'Italia", des Blattes Mussolinis, befaßt sich unter der Überschrift "Revision" mit den Möglichkeiten, die sich aus dem in Lausanne geschlossenen Konventionsergebnis ergeben könnten und schreibt: Die Revision ist bereits in voller Entwicklung. Die Welt ist ohne die Wendung der durch die Friedensverträge geschaffenen Lage nicht denkbar. Je klarer man sich über die Ursachen werde, die das Uebel in so gefährlicher Weise chronisch werden ließen, um so weiter entfernte man sich von dem Welt der Versailles-Verträge. Die Entscheidungen von Lausanne können einer offenen Abgabe gegenüber einem wichtigen und bedeutenden Teile des Versailles-Vertrages gleich. Selbst wenn die Abkommen von Lausanne im schlimmsten Falle denselben Weg nehmen würden, der seit zwei Jahren das Einvernehmen über die Beziehungen zwischen England, Frankreich und Italien verbindet, so würde das die Beurteilung des Versailles-Vertrages nicht hindern, denn dann wäre der Beweis geliefert, daß eine Gesundung Europas und der Welt wegen des Bestehens der Verträge unmöglich ist.

Gewiß spreche bisher noch kein Dokument von der Revision; aber alle Handlungen und Schritte der Regierung der großen Mächte weisen auf die Revision eines Vertrages hin, so auch die letzte Abnahme der englischen Regierung. Die auf die Revision der Verträge hinzielende italienische Politik habe sich Bahn gebrochen, und tatsächlich werde Deutschland keine Kriegserklärung mehr erhalten.

Ein Teil des Versailles-Vertrages sei somit gefallen, wodurch eine Revision in das Gewirr der Paragraphen der Vertragsmäßigkeiten geschlagen worden sei. Nun sei es möglich, diese Verträge ohne Vertragsmäßigkeiten zu erneuern. Sobald einmal die Probleme des europäischen Friedens und Lebens der internationalen Öffentlichkeit und den Regierungen zur Unterordnung vorlägen, würde die Revision im Bewußtsein der Völker und in der Ueberzeugung der Regierungen fortgeschritten.



Geheimrat Spruy, der Reichsstaatsminister für Arbeitsdienst.



Dr. Meißner, der neue Vizepräsident von Berlin.

Noch keine Stellungnahme der Reichsregierung zur Unterzeichnung des holländisch-belgisch-luxemburgischen Zollabkommens.

Zu Meldungen über die in Genf erfolgte Unterzeichnung des holländisch-belgisch-luxemburgischen Zollabkommens wird aus Genf mitgeteilt, daß die belgischen Regierungen sich davon abersetzen hätten, daß die vertriebenen interessierten Staaten keine Einwendungen gegen das Abkommen erhoben hätten.

Soweit die deutsche Regierung in Frage kommt, ist festzustellen, daß sie noch nicht zu dem Abkommen hat Stellung nehmen können, da sie von dem Inhalt und Ablauf amtlich überhaupt noch nicht in Kenntnis gesetzt worden ist.

Die deutsche Regierung heißt zwar besonnenlich allen Forderungen, die auf einen wirtschaftlichen Zusammenbruch europäischer

Staaten und auf eine Veränderung der Märkte gerichtet sind, grundsätzlich positiv gegenüber. Das ist bei dem ersten Bekanntwerden des holländisch-belgischen Zollabkommens in der deutschen Presse seiner Zeit auch zum Ausdruck gebracht worden. Die deutsche Regierung wird aber natürlich, sobald ihr der Inhalt des Abkommens in allen Einzelheiten amtlich bekanntgeben worden ist, in eine sorgfältige Prüfung eintreten, inwieweit die deutschen Ausfuhrinteressen durch dieses Abkommen berührt werden.

Erläutert dann wird eine Entscheidung darüber getroffen werden können, ob Deutschland dem holländisch-belgischen Abkommen vom Standpunkt des deutsch-holländischen Handelsvertrages und vom Standpunkt des deutsch-belgischen Handelsvertrages aus zustimmen kann, oder ob es sich keine Selbstbestimmungsrechte aus dem genannten Handelsverträgen wird vorbehalten müssen.

